

Strukturprobleme im Bereich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft : Kurzfassung des Vortrages von Prof. Dr. H. Priebe, Universität Frankfurt a. M., in Thun am 7. Juni 1961

Autor(en): **Priebe, H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **54 (1962)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-354008>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Strukturprobleme im Bereich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Kurzfassung des Vortrages von Prof. Dr. *H. Priebe*, Universität Frankfurt a. M.,
in Thun am 7. Juni 1961

In der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft bildet die Agrarfrage eines der größten Hemmnisse. Die Strukturprobleme der Landwirtschaft rücken deshalb mehr und mehr in den Vordergrund, und es wird klar, daß sie nicht mehr als ein besonderer, von der übrigen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung isolierter Bereich betrachtet werden dürfen.

Die historische Entwicklung der Agrarstruktur ist in Europa regional ungleichmäßig verlaufen. Nordwesteuropa und die Schweiz weisen landwirtschaftlich hochentwickelte Gebiete auf. Daneben finden sich aber – zum Teil sogar in den gleichen Ländern – geradezu unterentwickelte Regionen, ja in Teilen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft findet man noch heute einen Entwicklungsstand, wie er bei uns geschichtlich sehr viel früher bestand; Süditalien zum Beispiel zeigt heute etwa ähnliche Strukturmerkmale wie Nordwestdeutschland vor 100 oder 150 Jahren. So spiegelt das heutige Europa gleichsam im Nebeneinander die verschiedenen Entwicklungsstufen wieder, die wir in den heutigen Industrieländern durchlaufen haben. Auch bei uns lebten ja am Anfang des 19. Jahrhunderts drei Viertel der Gesamtbevölkerung in der Landwirtschaft. Bei der geringen Produktivität der Betriebe war aber die Bevölkerung nicht annähernd so gut und reichlich mit Nahrungsmitteln versorgt wie heute bei einer Agrarbevölkerung von nur noch 10 bis 15 Prozent. Der oft zu Unrecht idealisierte damalige Agrarstaat stand in Wirklichkeit unter dem Druck einer großen Nahrungsnot und allgemeinen Armut. Heute dagegen ist es genau umgekehrt: nicht Mangel, sondern Ueberfluß bildet ein Hauptproblem der europäischen Agrarpolitik.

Ein Hauptgrund für diesen Wandel ist, daß die alte Agrargesellschaft nicht aus Produktionsbetrieben im heutigen Sinne bestand, sondern aus Hauswirtschaften, die in der Hauptsache sich selbst mit dem Lebensnotwendigen versorgten und nur geringe Ueberschüsse dieser Selbstversorgung auf den Markt brachten. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts entfaltete sich dann schrittweise die arbeitsteilige Wirtschaft; dadurch kam es zu einem gewaltigen Anstieg der Produktion.

Es ist sehr wichtig, diese Entwicklung im Auge zu behalten, wenn man heute in einem rückständigen Gebiet eine neue Entwicklung in Gang bringen will. Allererste Voraussetzung für jede Modernisierung war die Befreiung des Menschen aus den alten herrschaftlichen Bindungen, die sich ja überall als großes Hemmnis der wirt-

schaftlichen Entwicklung erwiesen haben. Diese Befreiung der Bauern ist in den Freiheitskämpfen der Schweiz ja schon einige Jahrhunderte früher gelungen als im übrigen Europa. In Süditalien ist es bis heute nicht zur Bildung eines freien, selbständigen Bauerntums gekommen, und erst recht nicht in den überseeischen Entwicklungsländern, wo überlebte Feudalverfassungen weiterbestehen.

Die zweite Bedingung ist die technische und organisatorische Rationalisierung der Landwirtschaft, die zur Steigerung der Produktivität führt und es dadurch ermöglicht, daß Menschen zum Aufbau anderer Wirtschaftszweige aus der Landwirtschaft freigesetzt werden. Diese Entwicklung kommt in einer beruflichen Bevölkerungsumschiebung zum Ausdruck. Wer dafür das Wort «Landflucht» anwendet, zeigt nicht viel Verständnis für diese Zusammenhänge der wirtschaftlichen Entwicklung. Andererseits gibt die Ausweitung der gewerblichen Wirtschaft der Landwirtschaft außer den Mitteln zur weiteren Produktivitätssteigerung die dritte wichtige Voraussetzung einer Weiterentwicklung, nämlich den wachsenden Absatzmarkt für Agrarprodukte. Die in anderen Berufen Beschäftigten werden von der Nahrungsmittelversorgung durch andere abhängig, und sie schaffen auch die zunehmende Kaufkraft, die den Landwirten den Absatz ihrer hochwertigen Erzeugnisse ermöglicht.

Im Bereich der Landwirtschaft sind also wesentliche Veränderungen erfolgt, und man kann Agrarpolitik keinesfalls ohne Rücksicht auf die übrigen Wirtschaftsbereiche betreiben. Wie sehr die arbeitsteilige Verflechtung der Landwirtschaft voranschreitet, sieht man an der steigenden Verwendung von Maschinen, Handelsdünger und sonstigen Industrieprodukten. Der gleichzeitige Anstieg der Ernteergebnisse, der Milchleistung, Fleischproduktion usw. beweist den Erfolg. So kann man verfolgen, daß die Länder mit dem stärksten Rückgang an Agrarbevölkerung auch diejenigen mit der höchsten Produktivität in der Landwirtschaft sind. Und überall, wo wir eine große Bevölkerungsdichte, eine starke Industrialisierung und ein hohes Sozialprodukt haben, da ist auch die Landwirtschaft hochentwickelt und ertragreich.

Eine besondere Rolle spielt dabei die Motorisierung. Sie hat in den letzten Jahren zu einem Produktivitätszuwachs in der Landwirtschaft geführt, der dem in der Industrie durchaus vergleichbar ist. Wir haben hier eine doppelte Wirkung: einmal steigen die Erträge, und es werden Flächen frei, die früher zur Futterproduktion für die Zugtiere gebraucht wurden; zum zweiten steigt der Wirkungsgrad der menschlichen Arbeitskraft, so daß mit weniger Menschen eine höhere Produktion erreicht wird. Wenn der Mechanisierungsprozeß einmal abgeschlossen ist, kann der Produktivitätsanstieg allerdings nicht mehr so steil verlaufen. Er zeigt uns aber, welche Möglichkeiten in der Modernisierung der Landwirtschaft

doch liegen. Vor allem sind daraus Schlüsse zu ziehen für die künftige Entwicklung der bisher zurückgebliebenen Gebiete.

Aus unserer Kenntnis der bisherigen Entwicklung und der wechselseitigen Abhängigkeit aller Wirtschaftsbereiche dürfen wir folgern, daß die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Europa um so günstiger verlaufen wird, je mehr es gelingt, in den wirtschaftlich schwachen Gebieten den Entwicklungsprozeß nachzuholen, der uns allen Wohlstand gebracht hat. Das bedeutet, dort größere Teile der Bevölkerung, die noch in kleinen ländlichen Selbstversorgerwirtschaften leben, in produktivere Arbeit in der übrigen Wirtschaft einzubeziehen.

Tatsächlich sind ja viele Landbewohner, zum Beispiel in Süditalien, ohne vollen Beruf im Sinne unserer heutigen Wirtschaft. Daß sie in den Statistiken ebenso unter die Agrarbevölkerung gerechnet werden wie unsere Bauern und Landarbeiter in hochentwickelten, modernen Betrieben, ist irreführend. Hier handelt es sich um Menschen, die mit neuzeitlichen Hilfsmitteln und vollem Arbeitseinsatz ein entsprechendes Einkommen erwirtschaften, dort um bescheidenste Selbstversorger, in teilweise sehr drückenden sozialen Verhältnissen, von denen wir uns nur schwer eine Vorstellung machen können. Es ist deshalb falsch verstandene Solidarität, wenn die Bauernverbände in Deutschland oder in der Schweiz glauben, diese Menschen vor einem Berufswechsel bewahren zu sollen. Auf längere Sicht wird etwa die Hälfte der heutigen europäischen Agrarbevölkerung, das sind gut 20 Millionen Menschen, in andere Wirtschaftszweige übergehen und dort ein besseres Einkommen finden können. Innerhalb einiger Jahrzehnte brauchen wir also gewerbliche Arbeitsplätze für etwa 8 Millionen Menschen, da üblicherweise etwa 40 Prozent der Bevölkerung Erwerbsfähige sind.

Dem Vizepräsidenten der EWG-Kommission, *Dr. Mansholt*, sind von manchen Seiten Vorwürfe gemacht worden, daß er das ausgesprochen hat. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß nur auf diese Weise die soziale Lage vieler Menschen verbessert werden kann. Bodenreformen und Rationalisierung innerhalb der Landwirtschaft können allein nicht zum Ziel führen. Wenn es wirklich gelänge, alle diese Menschen in hochproduktiven landwirtschaftlichen Betrieben zu beschäftigen, so ergäbe das eine Nahrungsmittelproduktion, für die in Europa unter keinen Umständen entsprechende Absatzmärkte zu finden wären.

Nicht vergessen werden sollte auch, daß gerade in Italien weniger die Industriegebiete, sondern vor allem die ländlichen Elendsgebiete dem Kommunismus zuneigen, der dort als letzter Ausweg und Verzweiflungsakt in einer sozial unhaltbaren Lage erscheint. Die daraus entstehende politische Beunruhigung geht uns alle an und macht die Lösung dieser wirtschaftlichen Fragen um so dringender.

Allerdings müssen wir auch beachten, daß die Lage dieser unterbeschäftigten agrarischen Bevölkerungsgruppen teilweise schon besser ist als die ihrer Vorfahren. Nur im Vergleich mit der heutigen Situation anderer Bevölkerungsgruppen ist sie sehr ungünstig. Doch das ist nun weder die Folge einer unzulänglichen Agrarpolitik noch der Industrialisierung oder etwa der EWG, die ja gerade erst im Entstehen ist, sondern das ist einzig und allein das Ergebnis geschichtlicher Entwicklungen. Um aber den Menschen in den überbevölkerten Agrargebieten oder den Berggebieten mit besonders ungünstigen Produktionsbedingungen den Anschluß an die zivilisatorische Entwicklung zu ermöglichen, gibt es keinen anderen Weg, als daß ein großer Teil von ihnen in andere Wirtschaftszweige übergeht.

Selbstverständlich muß es in jedem Fall der freien Entscheidung des Einzelnen überlassen bleiben, ob er in der Landwirtschaft bleiben und vielleicht seinen bisherigen Kleinbetrieb zu einem vollproduktiven, modernen und ausreichend großen Betrieb ausgestalten oder, wenn das nicht möglich ist, eine andere produktive Tätigkeit übernehmen will. Aufgabe der Agrarpolitik ist es aber, diese Alternative deutlich zu machen und nicht den Irrtum zu fördern, als ob man etwa auf 2000 m Höhe mit voller Produktivität Getreide bauen könne. Hüten wir uns vor Utopien. Man kann wohl die größte Hochachtung vor den Menschen haben, die sich unter schlechten Produktionsbedingungen bisher tapfer gehalten haben. Aber man darf ihnen keine falschen Hoffnungen machen, sondern muß Klarheit darüber schaffen, daß es keine ökonomischen Mittel gibt, um allen ein industriegleiches Einkommen zu verschaffen.

Natürlich darf sich nicht etwa im ganzen Gebiet der EWG die Agrarbevölkerung gleichmäßig verringern. Dann hätten wir in Deutschland oder der Schweiz nachher viel zu wenig Bauern und Landarbeiter, Süditalien und andere Gebiete dagegen immer noch zu viele. Die Verhältnisse erfordern ein regional unterschiedliches Vorgehen. In den bereits hochentwickelten Ländern kann es sich nur darum handeln, die Agrarstruktur so zu verbessern, daß die vorhandene Agrarbevölkerung ein besseres Auskommen findet und einige besondere Notgebiete zu sanieren. Dagegen wird in Südeuropa noch eine sehr große Strukturwandlung einsetzen müssen.

Mit den großen Unterschieden der Arbeitsproduktivität und Einkommen innerhalb der Landwirtschaft hängt nun auch das Problem der Landarbeiterlöhne und somit die Frage der ländlichen Sozialverfassung eng zusammen. Zwar sind bei der Lohnfestsetzung auch immer politische Kräfte mitbestimmend. Trotzdem ist es höchst aufschlußreich, daß in den Gebieten mit der höchsten Produktivität, in Holland und Dänemark, bei niedrigsten Erzeugerpreisen für Agrarprodukte relativ gute Einkommensverhältnisse bestehen. In der Schweiz ist es umgekehrt. Der Grund liegt mit darin, daß die

Landwirte bei niedrigen Agrarpreisen gezwungen sind, ihre Betriebe aufs äußerste zu rationalisieren. Bei hohen Preisen dagegen werden die Kosten nicht immer so systematisch gesenkt, und die Arbeitsproduktivität steigt weniger. Wenn die Landarbeiter die aufsteigende Produktivitätsentwicklung zum Beispiel in Deutschland in den letzten Jahren dazu benutzt haben, eine erhebliche Lohnsteigerung durchzusetzen, so haben sie damit durchaus den richtigen Weg eingeschlagen. Allenthalben wird das Lohnniveau der Landarbeiter weiter steigen müssen, wenn man in Zukunft die qualifizierten Kräfte haben will, die der moderne Betrieb auch in der Landwirtschaft braucht. Wie bei den Betriebsinhabern selbst wird es auch bei den Landarbeitern so sein, daß nur diejenigen in der Landwirtschaft bleiben, die dort ein zeitgemäßes und dem anderer Wirtschaftszweige entsprechendes Einkommen finden können. Die übrigen Kräfte werden sich anderen Berufen zuwenden.

Die Verminderung der Agrarbevölkerung darf allerdings nicht mit einer zu weit gehenden regionalen Abwanderung in die Industrie- und Ballungsgebiete verbunden werden. Ein solches Abwandern der Aktiven und Arbeitsfähigen würde zu schweren Störungen im sozialen und kulturellen Leben der ländlichen Regionen führen. Andererseits würden sich die Probleme der heutigen Ballungsgebiete – Luft- und Wasserreinigung, Verkehr, Wohnungsbau usw. – mit dem Zuzug weiterer Millionen ins Ungemessene steigern. Wir brauchen deshalb eine konstruktive regionale Politik der wirtschaftlichen Struktur-entwicklung, brauchen neue Schwerpunkte in Gebieten, die bisher noch zu wenig Industrie haben. Dabei braucht es nicht zu Interessenkollisionen zwischen Landwirtschaft, Industrie oder Wohnungsbau zu kommen. Eine zweckmäßige Aufteilung der Bodenflächen, an der es gerade in diesen Gebieten nicht mangelt, kann sogar allen zugute kommen.

Die Kommission der EWG hat begonnen, eine Konzeption für die sogenannte regionale Wirtschaftspolitik zu entwickeln. Das bedeutet nicht etwa eine Schaffung einer großen Bürokratie in Brüssel, sondern es soll erreicht werden, daß man die Probleme allgemein erkennt und sich auf bestimmte Spielregeln für eine Wirtschaftspolitik einigt, die der regionalen Entwicklung dient. Dabei muß jeder Dirigismus vermieden werden. Es geht darum, gewisse Vorleistungen seitens der öffentlichen Hand zur Erschließung neuer Standorte zu übernehmen und den Unternehmern einen Anreiz zur Schaffung neuer Betriebe in bestimmten Regionen zu bieten. Beispiele einer gelungenen Industrieansiedlung in Agrargebieten gibt es ja auch in der Schweiz, neuerdings zum Beispiel im Kanton Wallis.

Innerhalb der Landwirtschaft geht die Entwicklung vorwiegend zu größeren Familienbetrieben hin. Die Inhaber von nicht mehr lebensfähigen Kleinbetrieben treten häufig ihre Flächen einem

Nachbarn ab, der nun zu einem vollständigen Familienbetrieb gelangen kann, und gehen selbst zu einer anderen Tätigkeit über. Auch Flurbereinigung und Auflockerung der Dörfer sind wichtige Aufgaben der Strukturverbesserung. In Holland und Dänemark ist man damit, insbesondere in der Auflockerung der Dörfer, erheblich weiter, weil man dort bereits vor 100 Jahren begonnen hat. In Deutschland stehen diese Dinge teilweise noch sehr am Anfang, und auch in der Schweiz gibt es Kantone, in denen ausreichende Institutionen zur Bewältigung der Aufgaben fehlen; ich denke zum Beispiel an Graubünden mit seiner großen Flurzersplitterung und seinen vielen Zwergbetrieben. Die Auflockerung der Dörfer und Zusammenlegung der Nutzflächen der einzelnen Betriebe ist aber für die Entwicklung einer gesunden Landwirtschaft und für befriedigende Einkommensverhältnisse eine Voraussetzung von entscheidender Bedeutung.

In Deutschland hat sich die Aussiedlung als ein hervorragendes Mittel der Produktivitätssteigerung erwiesen. Bundesminister *Lübke* hat seinerzeit ein Programm dafür entwickelt. In der Schweiz bestehen gute Beispiele im Kanton Zürich. Wenn aus engen Dörfern einige Betriebe herausgenommen und außerhalb des Ortes in der Feldmark neu angesetzt werden, mit arrondierten Flächen und modernen Wirtschaftsgebäuden, dann sinkt der Arbeitsbedarf sehr erheblich, während gleichzeitig die Produktionsleistung steigt. Wir haben zahlreiche Betriebe untersucht, die nach wenigen Jahren ihre Arbeitsproduktivität bis auf das Dreifache steigern konnten, die infolgedessen auch die Paritätslohnansätze des Grünen Berichtes durchaus erreichen.

Keine Preiserhöhung und keine Subvention kann zu so großen Betriebserfolgen führen wie eine richtige Strukturverbesserung. Mit der Preissubvention wird ja keine Verbesserung der Produktionsgrundlagen erreicht. Infolgedessen entstehen für die ohnehin günstig gelagerten Betriebe Differentialrenten, ohne daß den strukturbenachteiligten wirksam geholfen werden kann. Die Subvention ist daher volkswirtschaftlich weitgehend verloren, während die Beihilfen zur Aussiedlung vom Bauern auf Grund der steigenden Produktivität seines Betriebes amortisiert werden können. Das Argument, daß mit den Subventionen alle bestehenden Betriebe durchgehalten werden, damit in einer etwaigen Kriegswirtschaft die Produktionsmöglichkeiten weiterbestehen, ist schief. Strukturranke Kleinbetriebe, die so gut wie nichts für den Markt produzieren, können uns auch in einer Kriegswirtschaft nicht viel helfen.

Wenn die Strukturverbesserung nun auch im allgemeinen zu etwas größeren Betrieben führt, so hat diese Entwicklung doch in den natürlichen Besonderheiten der Landwirtschaft ihre Grenzen. Hier bleibt die Produktion im Gegensatz zur Industrie immer an die Wachstumsbedingungen und die Witterung gebunden, und die wech-

selseitige biologische Abhängigkeit verschiedener Betriebszweige verlangt nach überschaubaren Betriebsgrößen und Menschen, die jederzeit verantwortliche Entscheidungen treffen können. Deshalb sind die Fehlschläge der zentralen Lenkung in der Großlandwirtschaft der Oststaaten auch offensichtlich. In den dortigen Großbetrieben erweist sich sogar das winzige Stück Eigenland, das man den Menschen noch belassen hat, als sehr viel produktiver, weil der Einzelne dort mit persönlichem Interesse und nach eigenem Ermessen wirtschaften kann.

Die Voraussetzungen einer guten Zusammenarbeit und Anpassung an die wechselnden Anforderungen des landwirtschaftlichen Betriebes, der sorgfältigen Arbeit und der Uebereinstimmung zwischen den persönlichen und den Betriebsinteressen sind im Familienbetrieb im höchsten Maß gegeben. Hier entwickelt sich auch am stärksten der unternehmerische und unabhängige Geist, der in der freien Welt das tragende Element der Wirtschaft und Gesellschaft bildet.

Die Größe des Familienbetriebes wird im allgemeinen durch die Arbeitskraft des Bauern und seines Sohnes – oder Vaters, je nach dem Generationenaufbau der Familie – bestimmt. Die Frau sollte vorwiegend nur als Saisonhilfe betrachtet werden. Der Umfang der Betriebe sollte der Leistungsfähigkeit dieser eineinhalb bis zu zwei vollen Arbeitskräfte entsprechen und je nach Intensität und Nutzungsrichtung entsprechend variiert werden. Der Gedanke der Eigenständigkeit darf dabei aber nicht überspitzt werden. Es ist heute gut möglich, zur Ergänzung genossenschaftliche Einrichtungen zu schaffen. So haben wir im Weinbau gute Beispiele für eine individuell geleistete Pflege- und Erntearbeit und die Ergänzung durch genossenschaftliche Kellerei und Vermarktung. Das Wesentliche dabei ist, der Privatinitiative dort Spielraum zu lassen, wo sie durch keine Großtechnik übertroffen werden kann. Ähnliches gilt für den Einsatz von größeren Maschinen durch eine Besitzergemeinschaft oder im Lohn. Das sind rationelle Ergänzungen, die der Einzelne nutzen kann, ohne dabei seine Selbständigkeit zu verlieren.

Größere landwirtschaftliche Betriebe, die auf fremde Arbeitskräfte angewiesen sind, werden in Zukunft nur noch existieren können, wenn sie sich auf verheiratete Facharbeiter umstellen und ihnen angemessene Einkommens- und Arbeitsbedingungen bieten. Mit ungelernten Hilfsarbeitern und den früheren ledigen Hilfskräften ist ein moderner Betrieb nicht mehr zu bewirtschaften. Es wird hohe Zeit, daß sich diese Einsicht in der Landwirtschaft allgemein durchsetzt.

Schließlich müssen wir uns der Tatsache bewußt sein, daß die Strukturprobleme der Landwirtschaft in der Weltlage von heute auch eine große Bedeutung in gesellschaftlicher und politischer Hinsicht haben. Für die Entwicklungsländer, die heute noch 70 bis 80 Prozent Agrarbevölkerung haben, steht das Beispiel der euro-

päischen Entwicklung im Wettbewerb mit den Lösungen im kommunistischen Teil der Welt. Wir haben daher die Aufgabe und die einmalige Chance, der Welt ein Beispiel dafür zu geben, was durch sinnvolle Strukturpolitik in der Landwirtschaft ohne Zwang in einer organischen, evolutionären Entwicklung erreicht werden kann. Gelingt es uns, in der Agrarpolitik der sozialen Entwicklung volle Ueberzeugungskraft zu verleihen, dann werden andere Länder ihren Entwicklungsweg nach den gleichen Grundsätzen ausrichten und nicht allein ihre Probleme auf die Dauer besser lösen können, sondern auch den Bereich der westlichen Welt stärken, deren Lebensprinzipien auf der Selbständigkeit und Freiheit des Menschen beruhen.

Fringe Benefits für Arbeitnehmer in den USA

In dem Jahrzehnt nach dem Ersten Weltkrieg, der Aera, die man in den USA oft als die des welfare capitalism (des Wohlfahrtskapitalismus) bezeichnet, begannen einzelne Großunternehmen, für ihre Arbeitnehmer zur Ergänzung der Löhne zusätzliche Leistungen, wie bezahlten Urlaub, Lohnzahlung im Krankheitsfall, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Pension nach Erreichung der Altersgrenze, einzuführen. Die Absicht war, die Arbeitsmoral zu heben, das Betriebsklima zu verbessern und den Arbeitnehmer enger an den Betrieb zu binden, oft wohl auch, um die Arbeitnehmerschaft dadurch vom Beitritt zu einer Gewerkschaft abzuhalten. Diese ersten Versuche, die angesichts des Fehlens einer Zwangsversicherung für kranke, alte, erwerbsunfähige und arbeitslose Arbeitnehmer auf die Erkenntnis hindeuten, daß dem Arbeitgeber auch außerhalb der Lohnzahlung eine zum mindesten moralische Verantwortung für das Wohlergehen des Arbeitnehmers obliegt, hätten bei ruhiger Entwicklung vielleicht dazu geführt, daß sich Bund und Gliedstaaten auch fernerhin von der Einmischung in die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeziehungen ferngehalten hätten, was in der Zeit des schrankenlosen Kapitalismus, des wirtschaftlichen Laisser-faire geradezu zum wirtschaftlichen Glaubensbekenntnis im amerikanischen Denken gehört hatte. Die Depression der dreißiger Jahre, die schwerste Wirtschaftskatastrophe in der Geschichte der USA, die mit dem Schwarzen Freitag des 29. Oktober 1929 einsetzte, machte diesen privaten Bestrebungen, das Arbeitsverhältnis sozialer zu gestalten, ein schnelles Ende. Die Arbeitslosigkeit stieg bis zu 13 Millionen, die Löhne sanken, an zusätzliche Leistungen konnte kaum mehr gedacht werden. In der größten Not setzte gleich nach seinem Regierungsantritt im Frühjahr 1933 *F. D. Roosevelt* mit dem *New Deal* der Nation ihr bisher unbekanntes Ziele. Der Bund schaltete